

# Taunus-Zeitung.

## Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und  
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,  
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger  
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Beizeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Beizeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Kassenachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Freitag

20  
Juni

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinsichtlich der gerichtlichen Vertreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 1/9 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 94 · 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:  
Ph. Kleinböhl, Königstein im Taunus.  
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:  
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.  
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

## Die Antwort der Alliierten.

### Das Begleitschreiben.

Paris, 18. Juni. In dem Begleitschreiben zu der Note der Alliierten heißt es weiter:

Die Vorschläge der alliierten und assoziierten Mächte bezüglich der Wiedergutmachung umschließen keinesfalls seitens der „Commission des réparations“ eine Einmischung in das innere Leben Deutschlands, wie die deutsche Delegation behauptet. Sie bezweckt lediglich, auf beiden Seiten die Bezahlung der Wiedergutmachungen möglichst zu erleichtern. Infolgedessen sind die alliierten und assoziierten Regierungen nicht gewillt, sie abzuändern. Aber gleich der deutschen Delegation erkennen sie die Vorteile an, die daraus erwachsen, wenn man so schnell wie möglich den Betrag kennen lernt, den Deutschland annehmen muß und den die Alliierten annehmen könnten. Dieser Betrag kann nicht sofort festgestellt werden, da die Höhe des Schadens und die Kosten der Wiederherstellung noch nicht festgestellt werden konnten. Indessen willigen die alliierten und assoziierten Mächte ein, Deutschland alle notwendigen Erleichterungen zu gewähren, um ihm zu gestatten, sich sein Gesamtbild der Verschuldung und der Schädigungen zu machen und in der Frist von vier Wochen die Zahlung des von ihm verschuldeten Schadens zu machen. Falls man im Laufe von vier Monaten, welche dem Inkrafttreten des Vertrages folgen, zu einer Einigung gelangen kann, wird die genaue pekuniäre Verantwortlichkeit Deutschlands festgelegt werden. Falls in dieser Frist eine Einigung nicht Platz gegriffen hat, so werden die im Vertrage vorgesehenen Arrangements ausgeführt werden.

Die alliierten assoziierten Mächte können der Forderung der deutschen Delegation auf sofortige Zulassung Deutschlands zur Gesellschaft der Nationen nicht nachkommen. Die deutsche Revolution wurde bis zum letzten Augenblick des Krieges verschoben und bietet den alliierten und assoziierten Mächten keinerlei Garantie, daß sie eine dauernde Milderung darstellt. Bei dem augenblicklichen Zustand des internationalen öffentlichen Gefühls kann man von freien Nationen nicht erwarten, daß sie sich unerbittlich und auf dem Fuße der Gleichheit mit denen assoziieren, welche ihnen so großes Unrecht zugefügt haben. Jeder Versuch, dieses Ergebnis verfrühter Weise herbeizuführen, würde das Ansehen der von allen gewünschten Beschwichtigung nur verzögern, anstatt sie zu beschleunigen. Aber die alliierten und assoziierten Mächte glauben, daß, wenn das deutsche Volk durch Handlungen die Absicht, die Friedensbedingungen zu erfüllen, durch seine endgültige Verzichtleistung auf Angriffspolitik und seine Umwandlung in ein Volk bekundet, mit dem man auf freundschaftlichem Fuße in guter Nachbarschaft leben kann, die Erinnerungen der letzten Jahre sich schnell verwischen und es möglich machen werden, in nicht allzu ferner Zeit die Gesellschaft der Nationen zu vervollständigen, indem man Deutschland zuläßt, die alliierten und assoziierten Mächte wünschen aufrichtig, daß dem so sein möge. Sie glauben, daß die Zukunft der Welt von einem engeren freundschaftlichen Zusammenwirken aller Nationen im Hinblick auf die Regelung internationaler Fragen und die Begünstigung alles dessen, was die Wohlfahrt und den Ruhm der Menschheit berührt, abhängt. Aber es wird hauptsächlich von der Haltung des deutschen Volkes selbst abhängen, den Zeitpunkt seines Eintritts in die Gesellschaft der Nationen näher zu bringen. Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, daß die Blockade Deutschlands eine geschickliche Kriegsmaschine ist und nur die Folge des verbrecherischen Charakters des von Deutschland unterhaltenen Krieges und der von Deutschland durchgeführten barbarischen Kriegsmethode, die jedoch stets gemäß den internationalen Rechten verschärft werden mußte.

Schließlich erklären die alliierten und assoziierten Mächte, daß die übermittelten Bedingungen ihr letztes Wort sind. Sie haben auf Grund der deutschen Gegenangebote bedeutende praktische Zugeständnisse für die Durchführung gemacht. Der Vertrag, wie er heute aufgestellt ist, repräsentiert den wichtigsten Versuch, eine Herrschaft des Rechts zu errichten. Als solcher muß er in dem Wortlaut, wie er heute vorgelegt ist, angenommen oder verworfen werden. Infolgedessen erwarten die alliierten und assoziierten Mächte von der deutschen Delegation binnen fünf Tagen, vom Tage

der gegenwärtigen Mitteilung ab, eine Erklärung, wonach sie bereit ist, den Vertrag so, wie er ist, zu unterzeichnen. Geschieht das, so werden die Vorkehrungen für die sofortige Unterzeichnung des Friedens in Versailles getroffen werden, andernfalls stellt die gegenwärtige Mitteilung die Kündigung im Sinne des Art. 2 des Abkommens vom 16. Februar 1919 über die Verlängerung des Waffenstillstandes dar. Infolgedessen wird der Waffenstillstand sein Ende finden, und die alliierten und assoziierten Mächte werden die Maßregeln ergreifen, die sie für erforderlich halten, um ihre Bedingungen durchzuführen.

### Die endgültigen Friedensbedingungen.

Paris, 18. Juni. Der „Matin“ bringt in seiner heutigen Nummer Folgendes:

1. Die verbündeten und assoziierten Regierungen sehen keinen Grund ein, warum sie Deutschland verhindern sollten, in einer nicht fernen Zukunft (französischer Text), in naher Zukunft (englischer Text), Mitglied des Völkerbundes zu werden.
2. Keine Volksabstimmung für Elsaß-Lothringen.
3. Das Saarbecken wird unter Kontrolle des Völkerbundes gestellt, die Bergwerke durch Frankreich verwaltet. Volksabstimmung in 15 Jahren.
4. Unabhängigkeit Polens mit Ausgang zum Meer. Danzig Freistadt. Volksabstimmung für Oberschlesien.
5. Die deutsche Armee wird während drei Monaten 200 000 Mann zählen, um nach und nach auf 100 000 herabgesetzt zu werden.
6. Die Anklage gegen Wilhelm II. wird aufrecht erhalten, als das Minimum, was man verlangen kann, für die größten Verbrechen gegen die internationale Moral.
7. Deutschland ist nicht würdig zu kolonisieren. Seine Kolonien werden endgültig der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt.
8. Die Kommission für die Entschädigungen wird über kein Ausführungsrecht verfügen. Sie wird in der Überwachung deutscher Einrichtungen nirgends eingreifen. Sie wird in gleichem Maße das deutsche Volk wie die verbündeten Völker beschützen.
9. In den vier Monaten, welche der Unterzeichnung des Friedensvertrages folgen, wird Deutschland die Möglichkeit haben, Vorschläge zu machen, welche es zur Zahlung seiner Schuld geeignet hält, die zerstörten Länder wieder herzustellen. Es wird jeden praktischen Plan hinsichtlich der Entschädigung unterbreiten können.
10. Man hat sich bemüht, den Aufsichtsrat nach Möglichkeit zu begrenzen, um ihn jeden verätorischen Charakter für Deutschland zu nehmen.
11. Es wird keine Gegenseitigkeit geben für den Handelsaustausch während fünf Jahren, wenn Deutschland vor Ablauf dieser Periode nicht seinen Eintritt in den Völkerbund erhalten hat.
12. Für die Häfen, die Wasserwege und Eisenbahnen wollten die Verbündeten nur einfach die Freiheit der Bewegung sichern für den Durchgang des Imports und Exports der jungen eingeschalteten Staaten.
13. Ein spezielles Abkommen wurde bezüglich des linken Rheinufers getroffen, ein Abkommen, das uns noch nicht bekannt ist.

### Zivilverwaltung im besetzten Rheinland.

Versailles, 19. Juni. Ducloux überreichte am Montag Abend gleichzeitig mit der Antwort der Entente den deutschen Bevollmächtigten einen Vorschlag zu einem Übereinkommen über die Bedingungen der Besetzung des Rheinlandes, das zwischen den Vereinigten Staaten, Belgien, England, Frankreich und Deutschland getroffen werden soll. Danach wird eine Zivilverwaltung eingesetzt, die den Titel führen soll „haute commission interalliee des territoires rhénans“ und außer bei gegenteiligen Bestimmungen im Vertrage die höchste Vertretung der alliierten und assoziierten Mächte darstellt. Diese Kommission wird aus vier Mitgliedern bestehen, nämlich aus je einem Vertreter Belgiens, Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten.

Diese „haute commission“ wird befugt sein, Anordnungen in dem Maße zu erlassen, wie das nötig sein wird, um den Unterhalt, die Sicherheit und die Bedürfnisse der militärischen

Kräfte der Entente zu sichern. Diese Anordnungen werden Gesetzeskraft haben, und ihre Anwendung wird als solche von den alliierten Militärbehörden wie von den deutschen Zivilbehörden anerkannt. Die deutschen Gerichte werden ihre zivile und kriminelle Rechtspflege weiter ausüben mit Ausnahme der nachstehend angeführten Ausnahmefälle: Die bewaffnete Macht der alliierten und assoziierten Regierungen und die in ihrem Dienst stehenden Personen, denen die Armeekommandanten einen beruflichen Paß zustellen werden, sowie alle von diesen Truppen für ihren Dienst angestellten Personen werden ausschließlich dem Militärrecht und der Militärgerichtsbarkeit dieser Truppen unterliegen. Jede Person, die ein Verbrechen oder ein Vergehen gegen Personen oder Güter der bewaffneten Macht der alliierten und assoziierten Regierungen sich zuschulden kommen läßt, kann vor die Militärgerichtsbarkeit der genannten Truppen gezogen werden.

Die Zivilverwaltung der Provinz, der Stadt- und Landkreise und Gemeinden wird in den Händen der deutschen Behörden verbleiben, und die Zivilverwaltung dieser Zonen wird gemäß den deutschen Gesetzen und unter der Autorität der deutschen Zentralregierung weiter vor sich gehen.

Die „haute commission“ wird befugt sein, gegebenenfalls, wenn sie es für nötig erachtet, den Belagerungszustand über das ganze Gebiet oder einen Teil desselben zu verhängen.

Durch diese Erklärung werden die Militärbehörden, die im deutschen Reichsgesetz vom 30. Juni 1892 vorgesehenen Befugnisse haben. In dringenden Fällen, so wenn die Ordnung gestört oder gefährdet ist, können die örtlichen Militärbehörden in den betreffenden Distrikten alle vorübergehend notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung treffen.

### Wird unterzeichnet?

Paris, 19. Juni. Die „Daily Mail“ teilt folgende Meinungen aus offiziellen Kreisen der Hauptmächte mit:

#### Fransösische Militärkreise:

Die Deutschen werden nur unterzeichnen, wenn die verbündeten Armeen vorgehen. Sie werden alsdann die Entschuldigung haben, nur der Gewalt zu weichen.

#### Meinung der französischen Regierung.

Deutschland ist nicht geneigt, zu unterzeichnen. Es wird dies nur tun, wenn es sieht, daß die Alliierten zum Handeln fest vereint sind. Es hofft im letzten Augenblick, die Karten noch durcheinander mischen zu können.

#### Meinung der englischen Delegation.

Die Deutschen werden unterzeichnen, aber nur durch die Vermittlung neuer Repräsentanten.

#### Meinung der amerikanischen Delegation.

Man glaubt, daß Deutschland unterzeichnen wird, aber man fragt sich, ob die Lage der Verbündeten sich nicht befestigt, wenn nicht unterzeichnet wird.

Nach den letzten Nachrichten scheint die Meinung der deutschen Delegation selbst sehr geteilt. Graf Brodorski-Rantkau sei, — politisch gesprochen — bereit, nachzugeben, aber sein junkerlicher Stolz halte ihn davon zurück.

#### Es wird unterzeichnet werden.

Weimar, 19. Juni. Das teilt der sozialdemokratische Abgeordnete Sollmann in einer Zuschrift, die er der „Rhein. Ztg.“ aus Weimar unter dem Titel „Zur Unterzeichnung gezwungen“ schickt, mit. Er schreibt u. a.:

„Man darf aber sagen, daß in allen Fraktionen, die Deutschnationalen vielleicht ausgeschlossen, die Stimmen für Unterzeichnung im Wachsen sind.“

Bei der Kürze der Frist halten wir weitere Unklarheiten und neue Winkeltzüge für zwecklos, ja sogar für schädlich. Auch in der sozialdemokratischen Fraktion ist die Auffassung heute noch geteilt, doch bemüht sich eine rührige Gruppe von Genossen, zu der auch der Schreiber dieser Zeilen gehört, die Mehrheit der Fraktion für die Unterzeichnung mit entsprechend scharf formulierter Erklärung zu gewinnen.“

#### Im Falle der Nichtunterzeichnung.

Münster i. W., 18. Juni. Der Oberpräsident von Westfalen ersuchte die örtlichen Behörden dringend, im Falle die Feinde weiter ins Land einrückten, auf ihren Posten zu verbleiben und nach wie vor ihre volle Pflicht zu tun.

Amsterdam, 19. Juni. Das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet aus Paris, daß die Begründungsnote der Antwort der Alliierten vom Sekretär Lord Georges, Philipp Karr, verfaßt worden ist. Das beweise, daß der Bloß der Entente geschlossen bleibe und England keineswegs gesonnen sei, Zugeständnisse zu machen über die vom Viererrat bewilligten hinaus. Man habe den Eindruck, daß die Meinung innerhalb der deutschen Abordnung in Versailles darüber, ob man unterzeichne oder nicht, geteilt sei. Graf Brodorski-Kantchau scheine zu zögern. Scheidemann dürfte sich zu weit gewagt haben, um jetzt der Unterzeichnung zustimmen zu können. Andererseits halte man es nicht für möglich, daß im Falle der Weigerung der Unterzeichnung Erzberger versuchen werde, direkte Verhandlungen mit England anzuknüpfen. Es wird ihm nachgesagt, daß er auf diese Weise bessere Bedingungen für Deutschland zu erhalten und anstelle Brodorski-Kantchau selbst zur Unterzeichnung nach Versailles zu kommen hoffe.

Verfaillies, 19. Juni. Nationalistische Blätter wie „Liberté“ und „Intransigeant“, versuchen Deutschland zu beweisen, daß es unbedingt unterschreiben müsse. Es fehlt in den Blättern nirgends der Hinweis auf die bereitstehenden Armeen der Alliierten am Rhein. „Temps“ erklärt, die alliierten Nationen rechneten darauf, daß ihre Regierungen verstehen würden, zu handeln. Ganz Frankreich stehe hinter seinen Armeen am Rhein. „Homme Libre“ schreibt: Noch immer erhält Deutschland die Legende aufrecht, einen Defensivkrieg gegen die Welt geführt zu haben. Darauf antworteten die Vertreter der Entente, wie es sich schickte. Sie willigten im Interesse des Friedens und um zu verhindern, daß die Klarheit ihrer Absicht durch deutsche Ränke verdunkelt werde, in einzelne Zugeständnisse ein. Sie bestätigten, daß die Beschlüsse der Konferenz in allen grundsätzlichen Punkten unberührbar sind. — Der „Figaro“ meint, Deutschland sei nunmehr kein Ausfluchtsweg mehr gelassen, es müßte den Vertrag, wie er jetzt sei, annehmen oder ablehnen. — Das „Journal“ gibt zu, daß die Erörterungen nicht immer leicht zum Abschluß zu bringen waren, aber jetzt sei man stolz darauf, daß die Stimme Frankreichs durchgedrungen sei. — Das „Journal“, der „Matin“ und das „Echo de Paris“ finden, daß der Biererrat schon zu viel Zugeständnisse machte. Der „Matin“ weist auf die Notwendigkeit hin, geschlossen hinter der Regierung zu stehen. Von rein rechtlichen Standpunkt aus könne Frankreich wünschen, daß Deutschland den Vertrag nicht unterzeichne, denn so könnte Frankreich aus Essen das machen, was Deutschland aus Reims machte. Die Aeußerungen der sozialistischen Abendblätter sind in schwächernem Tone gehalten. So meint Sembat in der „Heure“, durch die Aenderungen sei der ursprüngliche Entwurf des Vertrages ernsthaft gebessert. Man hoffe, daß Deutschland unterzeichnen werde.

Amsterdam, 19. Juni. Die Mantelnote Clemenceaus an den Grafen Broddorf-Ranzau findet in der englischen Presse günstige Aufnahme. Die Opposition ist schwach und man gibt den Deutschen den Rat, zu unterzeichnen und vertritt sie auf die Zukunft.

Amsterdam, 19. Juni. Der Haager Berichterstatler des „Allgemeinen Handelsblatet“ berichtet: Die noch immer gültigen Abmachungen zwischen den Assoziierten und Holland bieten genügende Garantien für eine eventuelle Herstellung der Blockade in ihrer schärfsten Form. Von einem an Holland gerichteten Ersuchen der Assoziierten um eine Mitwirkung ist nichts bekannt, wohl aber haben die Assoziierten Holland ersucht, im Falle der Nichtunterzeichnung an einem wirtschaftlichen Boykott Deutschlands durch ein vollständiges Ein- und Ausfuhrverbot mitzuwirken. Nach Ansicht des Berichterstatlers ist die Meldung ausländischer Blätter über eine ablehnende Antwort Hollands unrichtig.

Weimar, 18. Juni. Einzelne Mitglieder des Rabinetts beginnen sich mit dem Gedanken der Unterzeichnung vertraut zu machen. Die Minister Erzberger, Bell, Roske und David sind für die Annahme. In den Fraktionen der Mehrheit ist die Ansicht geteilt. Wie weit das Verhältnis zwischen den Abgeordneten, die ablehnen oder annehmen wollen, geht, läßt sich zurzeit nicht übersehen, da den Abgeordneten der Wortlaut der Note des Verbandes noch nicht bekannt ist und ihnen erst heute Abend um 9 Uhr zugehen wird. Man rechnet übrigens damit, daß die schwere Entscheidung in dem Rabinett und der Nationalversammlung obliegt, in der gestellten Frist bis zum Montag nicht getroffen werden kann. Man glaubt, daß der Verband eine Fristverlängerung zubilligen wird. Nach den bisherigen Dispositionen kann man damit rechnen, daß die Nationalversammlung am Freitag nachmittag zusammentritt. Die Hauptentscheidung der Nationalversammlung wird voraussichtlich erst am Dienstag fallen. Am Montag soll in einer einzigen Sitzung die Verfassung angenommen werden.

Berlin, 19. Juni. Der Friedensauschuß der Nationalversammlung trat Dienstag nachmittag unter dem Vorsitz des Vorsitzenden Fehrenbach zu einer Sitzung zusammen, die außerordentlich stark besucht war. Ministerpräsident Scheidemann gab einen Ueberblick über die feindliche Mantelnote und erklärte, daß sie ein abschließendes Urteil noch nicht erlaube, ein vorheriges Urteil aber verfehlt sei. In den allgemein gegen das deutsche Volk enthaltenen Anschuldigungen sei Neues nicht enthalten. Aber er müsse mit Bedauern feststellen, daß

Weimar, 19. Juni. Die deutsche Delegation ist gestern Morgen um 6 Uhr mit erheblicher Verspätung hier eingetroffen. Auf 10 Uhr vormittags ist eine Rabinettssitzung anberaumt, in der die der Friedensdelegation angehörenden Regierungsmitglieder gemeinsam mit den übrigen die Antwort der Entente beraten werden.

Weimar, 18. Juni. In der letzten Nacht sind die Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen hier eingetroffen.

Weimar, 19. Juni. Die Delegation hat einstimmig beschlossen, den Friedensvertrag abzulehnen und hat diesen Standpunkt in einer Denkschrift dem Kabinett unterbreitet. Der Auffassung der Delegation haben sich auch die Sachverständigen angeschlossen.

Weimar, 19. Juni. Vorvergangener Nacht gegen 2 Uhr brachen aus dem hiesigen Militärgefängnis etwa 100 Militärgesangene aus. Von diesen versuchte ein Trupp von ungefähr 50 Mann in das Schloss, in dem die Reichsregierung wohnt, einzudringen. Nach einer kurzen Schießerei wurde die Wache überwältigt. Ein Posten besaß die Geistesgegenwart, rechtzeitig die schwere Schloßtür zu schließen, so daß die Soldaten aufgehalten wurden, bis herbeigerufene Truppen kamen. Ein Teil der Eindringlinge wurde festgenommen.

Berlin, 19. Juni. Aus Versailles wird berichtet, daß bei der deutschen Delegation eine Note Clemenceaus eingebracht worin das Bedauern über Ausschreitungen des Pöbels ausgesprochen wird. Der Präfect des Seine-Departements sei beauftragt worden, eine mündliche Entschuldigung bei Gesandten Haniel vorzubringen. Der Präfect des Departements und der betreffende Polizeikommissar würden von ihren Posten abberufen werden.

Versailles, 18. Juni. Auf der Fahrt vom Hotel des Reservoirs zum Bahnhof Noisy le Rai, von wo der Sonderzug der deutschen Friedensdelegation nach Weimar abfuhr, wurden aus der Menge heraus nach einzelnen Autos Steine geworfen. Es wurden inselgedessen mehr oder weniger leicht verletzt, das Mitglied der Delegation Dr. Meischior, Oberstleutnant von Inlander, Professor Dr. Meyer und Frau Dornblüth, die an der Seite des Reichsministers Giesberts saß. Die Rundgebungen der Menge dauerten den Abend fort.

Paris, 18. Juni. Die Blätter sprechen in kurzen Worten das Bedauern über die peinlichen Zwischenfälle aus. Clemenceau's „Homme Libre“ schreibt: Eine Handvoll Fanatiker hat sich bei der Abreise der deutschen Delegation aus Versailles erlaubt, die heiligen Geleße der Gastfreundschaft, die Frankreich allezeit so streng eingehalten hat, zu übertreten. Das ganze Land, dem sein Ruf der Ritterlichkeit am Herzen liegt, werde stolz darauf sein, wie energisch Clemenceau diejenigen desavouiert hat, die an dieser abscheulichen Kundgebung teilgenommen haben. Strafmaßnahmen sind alsbald ergriffen worden.

**Das deutsch-schweizerische Handelsabkommen.**  
Bern, 17. Juni. Der Bundesrat und die deutsche Regierung haben am Samstag das Abkommen über den Ausfuhrverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland ratifiziert.

1. Kohlen (Rohprodukte) 50 000 Tonnen monatlich, gemäß dem Vertrag, der in Basel am 9. 5. 1919 zwischen der Rheinischen Kohlengesellschaft und der Reederei-Gesellschaft in Mülheim an der Ruhr und der Schweizerischen Kohlenengesellschaft in Basel abgeschlossen wurde.

2. Linksrheinische Braunkohlenbrisketts 22 000 Tonnen monatlich unter der Voraussetzung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die Beförderung ermöglichten Deutschland wird, soweit es die Verhältnisse, insbesondere die Benutzung des Rheines und der rechtsrheinischen Bahnen gestatten, alles irgendmögliche tun, um über die eben angegebene Menge hinaus Ausfuhrbewilligung für Kohlen zu erteilen. Es wird in dem ernststen Bestreben, die Schweiz mit Kohlen zu versorgen, das Mögliche tun, um die Lieferanten zur Lieferung anzuhalten und den Transport zu fördern.

4. Kalisalz: 20- oder 30%iges, 25 Wagen monatlich.
5. Thomasmehl: 125 Wagen monatlich.

6. Rohrzucker, als Ersatz für aus der Schweiz zu beziehende kondensierte Milch und Schokolade für die Dauer des Abkommens, 25 Wagen monatlich.

b) Die Schweiz erteilt Ausfuhrerlaubnis über  
1. Milcherzeugnisse, 50 Wagen monatlich.

2. Frischmilch-Lieferung nach Möglichkeit im bisherigen  
Umfange.

4. Schokolade oder Kaffee-Pulver, monatlich 25 Wagen.

5. Frucht- und andere Konserven (Fleischkonserven ausgeschlossen), 70 Wagen monatlich.

6. Rindvieh für die Dauer des Abkommens nach Möglichkeit bis zu 5000 Stück.

7. Ziegen für die Dauer des Abkommens, 2500 Stück. Rindvieh und Ziegen sind vorgesehen für Lieferung im Herbst. (Beginnend Ende August 1919.)

c) Die vorgegebene Austauschmenge versteht sich pro Wagen von je 10 000 Kilogramm.

Die beiden vertragschließenden Teile sichern sich mög-  
 lichst rasche und reibungslose Erleichterungen bei der Er-

teilung der Ausfuhrbewilligung zu. Sollte eine Störung in der Ausfuhr eintreten, so ist der dadurch betroffene

vertragschließende Teil berechtigt, seinerseits mit seinen Lieferungen nach vorangegangener Anzeige entsprechend zurückzuhalten.

d) Dieses Abkommen über den Ausfuhrverkehr läuft vom 1. Juni bis 30. Oktober 1919, doch hat jeder Teil das Recht mit einmonatiger Frist jeder Zeit zu kündigen.

Dieses Abkommen wird in zwei Exemplaren ausgearbeitet und von den Delegierten des deutschen Reiches und des schweizerischen Bundesrates unterzeichnet. Es unterliegt der Ratifikation durch die beiden Regierungen.

Entgegen anderweitigen Nachrichten wird aus sonst zuverlässiger Quelle gemeldet, daß Kardinal von Hartmann (Röln) sich in seiner vielbesprochenen Unterredung mit den Grafen Brodtkorf-Rankau für einen Westdeutschen Freistaat in Gestalt einer Rheinischen Republik ausgesprochen hat.

Frankfurt a. M., 18. Juni. Das Mitglied der Nationalversammlung Dr. Max Quard ist laut Frankfurter Zeitung als Staatskommissar für das besetzte Gebiet zwischen Rhein, Lahn, Main und Taunus in Ausschickung genommen. Dr. Quard, der lange Jahre Reichstagsabgeordneter und Stadtverordneter in Frankfurt war, war dort politischer Redakteur der Volksstimme, aus der er schon vor der Revolution ausschied, um als freier Schriftsteller zu arbeiten. Seit einiger Zeit ist Dard Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern.

Amsterdam, 17. Jun. Der „Telegraaf“ meldet aus Brüssel, daß England seine Zustimmung dazu erteilt habe, daß Belgien ein Mandat über den Teil von Ostafrika erhalte, der an dem belgischen Kongo grenze. Dieser Teil werde jedoch nicht das ganze Gebiet umfassen, das von belgischen Truppen besetzt ist. Belgien werde den Teil, der an den Tanganika grenze, an England abtreten, wodurch der Wunsch Englands nach einer Bahnverbindung Nairobi und einer Verbindung zwischen Robesia und Uganda erfüllt werden würde. England werde Belgien für den Transafrikanischen Verkehr durch Britisch-Ostafrika und Deutsch-Ostafrika besondere Erleichterungen gewähren, damit die Ostgrenze der belgischen Kolonie eine gute Verbindung mit dem Indischen Ozean erhält.

Wien, 18. Juni. In den nächsten Tagen wird sich der Chef der italienischen Waffenstillstandskommission in der Person des Generals von Montebello in Wien einfinden, um die Verhandlungen über den vom Staatssekretär Bauer gemachten Vorschlag zu führen, der dahin geht, Deutsch-Südtirol zu veritalianisieren und den italienischen Teil Südtirols bis zur Alpen von Salurn an Italien abzutreten, wodurch Bozen und Meran bei Deutsch-Oesterreich bleiben.

St. Germain, 18. Juni. Corrbüro. Unmittelbar  
der Note über die Sudetenländer überreichte der  
Sekretär Dr. Renner der Friedenskonferenz eine  
Note, welche die ausführliche Denkschrift über die  
Gebietsfragen Deutsch-Oesterreichs be-  
inhaltet. Während die Denkschrift die Abgrenzung jedes ein-  
zelnen Landes behandelt, faßt die Note das Staatsgebiet im



Die Bühnenhalter werden ersucht, regelmäßig ihre abgabepflichtigen Eier **Montags und Donnerstags**, vormittags von 8-12 Uhr, im Lebensmittelbüro (Bierhalle), Zimmer Nr. 2, abzuliefern.

Königstein i. T., den 20. Juni 1919.  
Der Magistrat. J. B. Grühl.

### Bekanntmachung für Eppstein.

Es haben sich Fälle ereignet, bei denen Schmuggler getötet oder verwundet wurden.

Der Grenzbevölkerung wird zur Kenntnis gebracht, daß solange sie versuchen wird, Waren aus dem besetzten Gebiet in die neutrale Zone zu schmuggeln, sie sich dieser Gefahr aussetzt.

Andererseits treten für die Besitzer von cartes de circulation de frontalier, welche zu Fuß oder per Wagen die Grenze überschreiten, die folgenden Bestimmungen in Kraft:

Vom 18. Juni 1919 vormittags 4 Uhr ab dürfen die Besitzer einer Carte de circulation de frontalier, sei es um aus dem besetzten in das unbefestigte Gebiet zu gehen oder umgekehrt, nur an Kontrollstellen die Grenze überschreiten.

Die schriftlichen Bemerkungen, welche auf den Karten vorhanden sind und den Inhaber berechtigen, einen besonderen Weg zu benutzen, sind von diesem Tage ab ungültig.

Die Carte de circulation de frontalier wird jedem entzogen, der dieser Bestimmung nicht Folge leistet.

L'Administrateur militaire du Cercle de Königstein.

Wird veröffentlicht.

Eppstein, den 18. Juni 1919.

Der Bürgermeister: Müncher.

### Geschäfts-Verlegung.

Mein Geschäft befindet sich

ab 20. Juni 1919

Falkensteinerstrasse 4 part.

L. Appold Wwe., Schneiderin,  
Königstein.

zirka 3000 fm

## Tannen- oder Fichtenholz,

eventl. auch in kleineren Mengen  
im besetzten Gebiet

zu kaufen gesucht

**Wilhelm Mauer,**

— Dampfsägewerk- und Zimmergeschäft —

**Höchst am Main.**

Ich offeriere ab meinem hiesigen Lager zu  
billigsten Tagespreisen nur an Wiederverkäufer

**Amerik. Schmalz  
Holländischer Reis  
Hülsenfrüchte  
Kochsalz**

**B. S. Ettinghausen, Höchst a. M.**

Königsteiner Str. 26, Emrich Jos. Str. 17

Telephon 74.

## WEINE

Billige 1918er zum Ausschank und für Bowlen.

Feine Tafel- und Dessertweine.

**J. B. HARTMANN**

Weinhandlung und Südwein-Import  
HÖCHST AM MAIN.

Büro: Hauptstrasse 50, 1.  
Kellereien: Mainberg 7.

Telefon 502.

Bitte Ausschneiden! Erscheint nur einmal!

## Eier! Achtung! Eier!

Mein praktisch ausprobiertes Eierprüfungsapparat zeigt an, ob das Ei befruchtet oder unbefruchtet ist. Ob es männlichen oder weiblichen Keim enthält. Für jeden Landwirt und Geflügelzüchter unentbehrlich. Preis M. 6.— per Nachh.

Wissenschaftl. Gutachten und Dankschreiben liegen vor.  
**Landwirt Hofmann, Zschöpperitz,  
Post Dobitschen S/21.**

## Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute unseren lieben, treusorgenden Vater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel

### Herrn Johann Joseph Kempf

nach vorausgegangener Operation im St. Joseph-Hospital zu Wiesbaden in ein besseres Jenseits abzurufen.

Um ein treues Gedenken und ein stilles Gebet für den teuren Verstorbenen bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Schlossborn, Wiesbaden, Bonn, Essen, den 18. Juni 1919.

Die Beerdigung findet in Schlossborn, am Sonntag, den 22. Juni 1919, nachmittags 3 Uhr statt.

## Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Mitteilung, daß mein innigstgeliebter Gatte, unser guter Vater

### Herr Friedrich Humm I.

heute Abend nach langem, schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen  
Familie Humm.

Oberems, 17. Juni 1919.

## Die Sparkasse

### Vorschussvereins zu Höchst a. M.

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

nimmt auf ein Sparkassenbuch Beträge von Mk. 1.— an in **unbeschränkter Höhe** und verzinst dieselben vom **Tage der Einzahlung** an bis zum Tage der Rückzahlung mit

**3 1/2 %.**

Ferner nimmt der Vorschussverein **Darlehen** gegen Ausgabe von Schuldscheinen in Beträgen von Mark 500.— an zu **3 1/2 %** bei halbjähriger Kündigung und zu **4 %** bei ganzjähriger Kündigung. Die Verzinsung beginnt mit dem Tage der Einzahlung.  
**Der Vorstand.**

Wir empfehlen:

## Marmelade 1.30

Reines

**Olivenoel** Liter **18.00**

**Ölsardinen** Dose **3.30**

**Heringe** Stück **0.30**

und **0.20**

**Kartoffelmehl** Pfd. **2.80**

**Schweineschmalz** Pfd. **8.50**

**Rangoon-Reis** Pfd. **2.70**

**Erbsen, Linsen, Bohnen,**

**Tee, Kaffee,**

**Schokoladen**

zu billigstem Tagespreis.

**Sunlight-Seife**

Doppelstück Mk. **4.40**

**Toilette-Seife**

vorzügliche Qualitäten in verschiedenen Preislagen.

**Kernseife** Pfd. **6.00**

Garantiert rein

**Reisstärke**

in Schachteln Pfd. **12.00**

**Bleichsoda** Pfd. **0.30**

## Schade & Füllgrabe,

Königstein i. T. :-: Hauptstrasse 35.

**Suche für mein Haus ein  
tüchtiges Mädchen**

zur Beihilfe in der Küche und

Haushaltsarbeit.

**Haus Zacharias, Königstein.**

Zum sofort. Eintritt f. kinderl.

1. **Mädchen** ge-

sucht, welch. schon i. best. Haus-

tät war u. Koch. kann, außerd.

1. **zweit. Mädchen** f. Klein-

vieh (Melken) und Garten.

Frau Sanitätsrat **Huttmann,**

**Hornau, Kellheimerstrasse 7.**

### Zu verkaufen:

### Einmachgläser

mit Gummiringen (Erie-

densware)

**Beleegläser**

**Adelheidstrasse Nr. 4,**

**Königstein im Taunus.**

### Zu verkaufen:

eine wenig gebrauchte

**Pitchpine-Küchen-**

**Einrichtung,**

1 **Mahagoni-Garnitur,**

2 **Sessel, 1 Ottomane mit**

**Decke, verschiedene Betten,**

**Waschtische, Schränke,**

**Stühle und sonstige ver-**

**schiedene Möbelsachen.**

Zu erfragen i. d. Geschäftsst.

1 **Wellenbadschaukel**

und 1 **Naethers Reform-**

**Kinderstuhl,**

wenig gebraucht, zu verkaufen

**Niederhöchstadt,**

**Bahnstrasse 10.**

1 Paar gebr. gut erhaltene

**Schafstiefel,**

Nr. 28 1/2 für 25.— Mt. zu verk.

Ferner, welcher **Imker** im

**Junischwarm**

abzugeben? Angeb. erbittet

**Pöhl, Niederhöchstadt,**

**Bahnstrasse 8.**

2 **Kinderbettstellen**

nebst **Kinderstühlen**

billig zu verkaufen

**Kellheim, Bahnstrasse 16.**

Verkaufe auf meinem fecht

Morgen großen Grundstücke

an der **Limburgerstrasse**

bei **Königstein** das

**Heugras**

für Döschgebote.

Angebote sind zu richten an

**Adam Schauer, Dombach,**

**Post Lamberg (Hassau).**

Alle Arten

**Gemüsepflanzen**

hat abzugeben

**Carl Leiffelt, Gärtner,**

**Niederhöchstadt.**

**Schreibfumschlage**

und **Zahlskarten**

werden sauber und vorchrifts-

mäßig mit der Kontonummer

bedruckt geliefert von der

Druckerei **Ph. Kleinbühl,**

**Königstein im Taunus,**

Postfachkonto Frankfurt (M.)

Nr. 9927. — Fernsprecher 44

**? W O ?**

erhält man in jeder Menge

folgende amtll. Formulare:

Grot- und Zuckerkarten-

bescheinigungen,

Mehlverbrauchs-

nachweisungen,

Zucker-Verbrauchs- und

Getreideauszeugen,

Hauswirtschaftsrechnen,

Wochenüberblicken für die

Fleischverforgung,

Begunscheine,

Getreidefragebogen,

Fracht- u. Eilschreibbriefe

**Buchdruckerei der**

**„Taunus-Zeitung“**

**Königstein i. T.**